

Dr. Hansjörg Bucher, Dr. Claus Schlömer (BBSR Bonn)

Wie finster war denn die Zukunft? Regionalisierte Bevölkerungsprognosen des BBSR aus der Wendezeit im Vergleich zur tatsächlichen Entwicklung

Beitragsangebot für die Dezembertagung der Arbeitskreises „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie 2010 in Berlin "Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses - 20 Jahre deutsche Einheit"

Die deutsche Einheit und der folgende Einigungsprozess waren für viele Demographen auch eine große berufliche Herausforderung. Im Bereich der Politikberatung, die sich mit Fragen der Raumentwicklung und Raumordnungspolitik befasste, mussten in mehrfacher Hinsicht neue Wege gegangen werden. Die postulierte Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen rückte zunächst in weite Ferne, die Vision „blühender Landschaften“ war indes bereits frühzeitig vorgegeben worden. Politikberatung wurde zur Mutfrage. Dennoch wurden von der damaligen Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung im Rahmen der Raumordnungsprognose recht bald Bevölkerungsprognosen für das vereinigte Deutschland und seine Regionen erstellt.

Bei den Machern der Raumordnungsprognose stellten sich durch die Einigung gleich mehrere Problembündel ein. Mit dem Transformationsprozess bildeten sich in den neuen Ländern neue Verhaltensmuster im demographischen Bereich heraus. Nicht nur die Wanderungen, auch die Geburtenzahlen und sogar die Lebenserwartung unterlagen gravierenden Veränderungen. Sie waren letztlich ein Abbild des Umbruchs in weiten Bereichen der Gesellschaft. Konnte man in jener Zeit solche Entwicklungen, trotz kaum vorhandener Daten für die neuen Länder, schon erahnen?

Welche Vorhersagen und Annahmen sind eingetroffen, und was ist letztlich anders verlaufen als prognostiziert? Diese Fragen können nunmehr im Rahmen einer Ex-Post-Betrachtung beantwortet werden.

In dem Beitrag werden die räumlich-demographischen Entwicklungen seit der deutschen Einheit nicht nur nachgezeichnet, sondern gleichzeitig den Erwartungen und Annahmen der wissenschaftlichen Fachwelt Anfang der 1990er Jahre gegenübergestellt. Damit können neben der Darstellung des Einigungsprozesses aus demographischer Sicht auch außergewöhnliche Einblicke in Möglichkeiten und Grenzen von regionalisierten Bevölkerungsprognosen vermittelt werden.

(Der Beitrag ist eine Fortführung und Erweiterung der in einem Aufsatz im IzR-Heft 11/12.2008 und in einem BBSR-Montagsgespräch im Juli 2008 dargestellten Inhalte.)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Hansjoerg.bucher@bbr.bund.de
Claus.schloemer@bbr.bund.de

Wolf Beyer

(ehemals Leiter des Referates Raubeobachtung im Landesumweltamt Brandenburg)

Regionale Bevölkerungsprognosen in zwei Gesellschaftssystemen - Erfahrungen in der DDR und im Land Brandenburg

Die geschilderten Erfahrungen beziehen sich einerseits auf eine langjährige Tätigkeit als Demografie-Verantwortlicher für den Bezirk Potsdam im Büro für Territorialplanung Potsdam. Zu den Aufgaben gehörten insbesondere auch die Bevölkerungsprognosen für den Bezirk und seine Kreise. Die Abstimmung der Annahmen erfolgte mit den Demografieverantwortlichen aller anderen Bezirke unter der Leitung der Forschungsleitstelle für Territorialplanung. Bei den Annahmen zum Fruchtbarkeitsniveau musste vor allem eingeschätzt werden, welche Wirkungen die sozial-politischen Maßnahmen der Partei- und Staatsführung auf die Geburtenentwicklung haben würden. Bei den Wanderungsmustern dominierte eine kontinuierliche Abwanderung aus allen Bezirken nach Berlin. Innerhalb des Bezirkes war eine dynamische Entwicklung einzelner Städte mit planmäßiger Industrieansiedlung bei gleichzeitiger Schrumpfung der ländlichen Räume zu beachten.

Ab 1991 übernahm das Referat Raubeobachtung im Landesumweltamt die Verantwortung für die Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg. In Arbeitsteilung mit dem Statistischen Landesamt wurde 1992 die erste Bevölkerungsprognose erarbeitet, die ab 1998 im Abstand von jeweils 2 Jahren aktualisiert wurde. Die bereits 1993 getroffene Annahme, dass sich das Fruchtbarkeitsniveau von seinem damaligen historischen Tiefststand in etwa 15 Jahren an das Niveau der alten Bundesländer angleichen würde, ist inzwischen zur Realität geworden. Die damaligen Wanderungsannahmen wurden getroffen, ohne die im Zuge der Euphorie des Einigungsprozesses auch von der Fachwelt prophezeiten aber nicht eingetretenen gewaltigen Zuwanderungen in die Region Berlin zu beachten. So kann man den Prognosen für das Land Brandenburg eine große Realitätsnähe bescheinigen.

Ein viel größeres Problem stellte die mangelnde Akzeptanz der Prognosen dar, die nicht in die Wachstumsvorstellungen der Politiker auf allen Ebenen passten. Allerdings ist es durch eine beharrliche Öffentlichkeitsarbeit mit einer regen Vortragstätigkeit gelungen, die Zweifel Schritt für Schritt abzubauen. Ausdruck dafür ist, dass in der Staatskanzlei der Landesregierung in den letzten Jahren eine Struktureinheit geschaffen wurde, die sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels befasst.

Potsdam gwbeyer@gmx.net

Dr. Gabriele Sturm (BBSR Bonn)

Ausgewählte Ergebnisse der Laufenden BBSR-Umfrage

Die erste Erhebungswelle der laufenden BBSR-Umfrage fand in den damals neuen Bundesländern bereits im Oktober und November 1990 statt. Seither sind jährlich gesamtdeutsch neue Befragungsdaten hinzu gekommen und erlauben bei allen gleich formulierten Fragen vielfältige Zeitreihenanalysen. Zeitreihen liegen vor über die Zusammensetzung und die Beurteilung der Nachbarschaft und das Zusammenleben mit Ausländern, über die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte und bei Erwerbstätigen über die Sicherheit des Arbeitsplatzes sowie für vielfältige Zufriedenheitsmessungen betreffend Wohnung, Umwelt etc. und nicht zuletzt die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten. Die nach West und Ost differenzierenden Zeitreihenvergleiche weisen für alle baulich-räumlichen Gegebenheiten eindeutige Angleichungsprozesse während der 1990er Jahre nach, teils sogar den Effekt, dass manche Beurteilungen in Ostdeutschland heute besser ausfallen als in Westdeutschland. Eine Ausnahme bildet in diesem Spektrum die Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnort. Die deutlichsten Ost-West-Differenzen sind allerdings nach wie vor bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu registrieren und sollen in diesem Beitrag einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Um „Demografische Spuren des Transformationsprozesses“ in den Umfragedaten zu verfolgen, wird nach Geschlecht, Lebensalter und Generation differenziert. Dies ist auch als Fortführung der Analyse zu verstehen, die in der IzR „20 Jahre deutsche Einheit – zwei Dekaden im Rückblick“ bereits dargestellt wurde (Sturm, Gabriele & Walther, Antje (2010). Angleichung von Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit – die Bürgersicht. *Informationen zur Raumentwicklung*, 10/11.2010, 715-726.)

Referat Raum- und Stadtbeobachtung
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn
gabriele.sturm@bbr.bund.de
antje.walther@bbr.bund.de

Dr. Rembrandt Scholz (Max-Planck-Institut Rostock)

Die Lebenserwartung - eine Erfolgsstory der demografischen Entwicklung in den neuen Ländern

Die Lebenserwartung in Ostdeutschland hat innerhalb der vergangenen 20 Jahre um etwa sieben Lebensjahre zugenommen. Im Durchschnitt werden heute neugeborene Jungen in Deutschland 77,3 Jahre alt, neugeborene Mädchen 82,5 Jahre (Periodensterbetafel 2007/09, Statistisches Bundesamt). Die Angleichung der Lebensbedingungen und insbesondere der medizinischen Versorgung in Ost- und Westdeutschland haben zur Angleichung der Lebenserwartung nach der Deutschen Einheit geführt.

1990 waren noch beide Geschlechter und alle Altersgruppen, aber besonders das höhere Alter von der Ost-West-Differenz der Lebenserwartung betroffen. Nach 1990 kam es im höheren Alter sehr schnell zu einer Annäherung der Sterblichkeit. Dies trifft auf alle Altersklassen vom Alter 60 an zu und gilt für beide Geschlechter. Heute ist die Lebenserwartung für Frauen in Ost- und Westdeutschland fast gleich hoch. Bei den Männern besteht hingegen noch eine Differenz von über einem Lebensjahr: Männer in Westdeutschland werden durchschnittlich 77,6 Jahre alt, während die Lebenserwartung der ostdeutschen Männer 76,3 Jahre beträgt. Die Unterschiede der Sterblichkeit Männer betreffen besonders das Alter 35 - 55 Jahre hier kommt es zu einer Sterblichkeitsdifferenz von über 30 %.

Die Sterblichkeitsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland verschwinden in diesem Altersbereich fast vollständig, wenn man Alterstruktur, Beschäftigungsstatus, Versicherungsstatus und Staatsangehörigkeit in die Analysen einbezieht. Das bedeutet, dass die Ost-West-Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern weitestgehend aus Kompositionseffekten der Teilbevölkerungen resultieren. Die ostdeutsche Bevölkerung hat hinsichtlich wichtiger Strukturmerkmale eine relativ ungünstigere Zusammensetzung als die westdeutsche, was insgesamt zu einer vergleichsweise höheren Sterblichkeit im Osten führt. Bei gleicher Komposition der beiden Teilbevölkerungen gäbe es demnach kaum einen Sterblichkeitsunterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Männern.

Daraus folgt, dass ein weiterer Rückgang der Differenzen der Mortalität bei Männern zu erwarten ist, wenn sich künftig die Arbeitsmarktsituationen in Ost- und Westdeutschland angleichen sollten. Diese Studie unterstreicht somit den Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Lebenserwartung und zeigt, dass sich Lebensbedingungen unmittelbar auf die Lebenserwartung auswirken. Interessant ist, dass Frauen nicht gleichermaßen betroffen sind: Arbeitslosigkeit wirkt sich bei Frauen nicht nachweisbar auf die Lebenserwartung aus.

Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str.1 18057 Rostock (0381) 2081-164 scholz@demogr.mpg.de
--

Rainer Nowak (VTW Erfurt)

Demografische Strukturen und Trends - wichtige Stellgrößen für die thüringische Wohnungs- und Immobilienwirtschaft

Die Immobilienwirtschaft in Deutschland zählt mit über 707.000 Unternehmen und rund 3,8 Millionen Erwerbstätigen zu den größten Wirtschaftszweigen und dynamischsten Wachstumsfeldern. Sie vereinigt 22 % aller Unternehmen und 10 % aller Erwerbstätigen in sich. Mit rund 390 Milliarden Euro trug die Immobilienwirtschaft 2006 (zum Vergleich 1991: 242 Milliarden Euro) zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Davon belaufen sich rund 150 Milliarden Euro im engeren Sinne auf den Bereich der Vermieter, Vermittler und Verwalter von Immobilien. Die Zahlen stammen aus einem umfassenden Gutachten, welches die Verbände der Immobilienwirtschaft im Juni 2009 vorgelegt haben.

Die Zahlen sollen die Bedeutung herausstellen, welchen wichtigen Beitrag die gesamte Branche bisher geleistet hat und noch leisten wird.

Mit der politischen Wiedervereinigung im Herbst 1989 standen der ostdeutschen Wohnungswirtschaft nun endlich die politischen und materiellen Grundlagen zur Verfügung, um den Nachholeprozess zu starten und den Sanierungsstau an einer Vielzahl von Gebäuden aufzulösen.

Dieser Prozess gestaltete sich in den neuen Bundesländern sehr ähnlich, sodass die Entwicklung der Wohnungswirtschaft in Thüringen als Beispiel für den grundlegenden Wandel im Osten steht. Seit 1990 haben die Mitgliedsunternehmen des Verbandes Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. (vtw.) über 10 Milliarden Euro in ihren Wohnungsbestand investiert und die Wohngebäude mit zeitgemäßer Haustechnik, Beheizung, neuen Fenstern und Wärmedämmfassaden versehen.

Heute sind rund 87 % der Gebäude teil- oder komplett saniert. Diese gewaltigen Anstrengungen haben sich auch deshalb gelohnt, weil der erreichte Wohnstandard von den Bürgern honoriert wird, was die hohe Zahl der Wohnzufriedenheit der Bewohner bei Umfragen immer wieder beweist.

Ende der 90er Jahre beginnend und in den letzten 10 Jahren mussten sich die Wohnungsunternehmen sehr nachhaltig mit den Veränderungen auf den Wohnungsmärkten auseinandersetzen. Leer stehende Wohnungen und eine zurückgehende Bevölkerung in vielen Regionen werden zu einem ständigen Begleiter und bestimmen die Ausrichtung der Unternehmensstrategien.

Mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ konnten seit dem Jahr 2002 viele Wohnungsunternehmen durch Rückbau und Aufwertung von Wohnungsbeständen marktgerecht agieren. Diese erste Etappe des Stadtumbauprogramms – und hier ist sich die Branche einig – hat durch konkrete Maßnahmen im Rahmen integrierter Stadtentwicklungskonzepte die richtigen Antworten auf den demografischen Wandel gegeben.

Dieser erfolgreichen ersten Etappe muss nunmehr ein zweiter Schritt folgen. Eine entscheidende Hürde für viele Wohnungsunternehmen ist dabei die Entlastung von den sogenannten Altschulden, die zum Leidwesen der Branche auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung das Agieren der Unternehmen wirtschaftlich stark einschränkt. Rückbau und Aufwertung sind eine Antwort auf den demografischen Wandel in der Gesellschaft.

Mit dem jüngsten Energiekonzept der Bundesregierung steht die Branche vor einer weiteren enormen Herausforderung. Die beiden vorgenannten strategischen Hauptaufgaben lassen sich jedoch nur dann realistisch realisieren, wenn bezahlbares Wohnen in einem intakten sozialen Umfeld für breite Schichten unserer Bevölkerung gewährleistet werden kann.

Die Thüringer Wohnungswirtschaft steht zu dem Motto der Branche „gut und sicher wohnen“ und wird ihren wichtigen Beitrag zum Wohle der Bürger auch in Zukunft erfüllen. Die Politik ist dabei aufgerufen, diesen Prozess durch gesetzgeberische Rahmenbedingungen und eine zielgerichtete Förderung zu unterstützen!

Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.

rainer.nowak@vtw.de

Internet: <http://www.vtw.de>

Dr. Dieter Bogai, Franziska Hirschenauer (IAB-BB, Nürnberg)

Die zweite Transformation in Brandenburg“

Der demografische Wandel, dessen Intensität regional variiert, ist vor allem für die neuen Länder eine große Herausforderung. In Brandenburg kann ohne Übertreibung von einer zweiten Transformation nach dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gesprochen werden, da Alterung und Rückgang der Bevölkerung die wirtschaftliche Leistungs- und Innovationsfähigkeit des Landes vor enorme Probleme stellen werden.

Im Land Brandenburg wurde das Thema 2003 von einer Projektgruppe in der Staatskanzlei aufgegriffen, seit 2005 aktiv von der Landesregierung kommuniziert und durch die Bereitstellung umfangreichen Datenmaterials und die Entwicklung modellhafter Handlungsansätzen begleitet. 2008 wurde die Landesentwicklungsplanung an die sich verändernden demografischen Bedingungen angepasst und u. a. die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die von 152 auf 50 reduzierte Zahl der zentralen Orte beschlossen.

In diesem Referat sollen die mittel- und langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in Brandenburg dargestellt werden. Für Brandenburg sind starke regionale Disparitäten zwischen dem Berlinnahen Raum – dem sog. Speckgürtel und den peripheren ländlich geprägten Regionen - charakteristisch, die sich auch bei der demographischen Entwicklung zeigen. Basis der Untersuchung ist die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter von Bund und Ländern, die ergänzt wird durch räumlich tief gegliederte Bevölkerungsprognosen des Brandenburger Landesamts für Bau und Verkehr. Auf dieser Grundlage werden Modellrechnungen zum künftigen Ersatzbedarf an Arbeitskräften präsentiert. Unterschiede, die sich zwischen einer wohnort- und einer arbeitsortbezogenen Betrachtung ergeben, werden dabei berücksichtigt. Besonderes Augenmerk gilt außerdem den Hochqualifizierten. Inwieweit – so wird gefragt – kann in diesem Beschäftigungssegment der zu erwartende Ersatzbedarf durch die Hochschulabsolventen des Landes Brandenburg gedeckt werden. Schließlich soll in Szenarien bestimmt werden, welche quantitativen Auswirkungen eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der älteren Erwerbspersonen auf das künftige Arbeitskräfteangebot hat. Abschließend werden zentrale Handlungsempfehlungen vor dem Hintergrund der ausgeprägten regionalen Disparitäten diskutiert.

Dr. Dieter Bogai
IAB-Regional in der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg
dieter.bogai@iab.de

Franziska Hirschenauer
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg

Christian Rößler

(Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie)

Aktuelle Wandlungsmuster und Wandlungsmotive.

Handlungsempfehlungen für die regionalen Akteure ländlicher Städte und Dörfer in Sachsen

Der Beitrag befasst sich mit dem Wandlungsgeschehen in ländlichen Räumen Sachsens. Im Mittelpunkt steht dabei die differenzierte Betrachtung von städtischen und dörflichen Siedlungen. Inwiefern unterscheiden sich die Auswirkungen des Wandlungsgeschehens zwischen diesen Siedlungstypen? Welche Chancen und Herausforderungen sind mit den Entwicklungen in städtischen und dörflichen Siedlungen verbunden? Und welche spezifischen Handlungsoptionen ergeben sich für kommunale und regionale Entscheidungsträger?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, untersuchte das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie das ländliche Migrationsgeschehen am Beispiel der Untersuchungsgemeinden Kirchberg, Stolpen, Oederan und Mügeln.

Die Untersuchung offenbarte zunächst starke kleinräumige Unterschiede im Wandlungsgeschehen. Siedlungen mit Wandlungsverlusten liegen in enger Nachbarschaft zu solchen mit Wandlungsgewinnen. Die These, städtische Siedlungen seien stärker von Wandlungsverlusten betroffen als dörfliche Siedlungen bestätigte sich in den Untersuchungsgemeinden nicht. Dieses Ergebnis unterstreicht die Notwendigkeit kleinräumiger Analysen zur Bevölkerungsentwicklung für regionale und kommunale Planungen.

Daneben zeigten sich aber auch siedlungstypenspezifische Auswirkungen des Wandlungsgeschehens:

- Die Kernstädte aller Untersuchungsgemeinden verzeichneten starke Zuwanderungen von Senioren, während dörfliche Ortsteile Wandlungsverluste an Senioren beklagten. Dies führt zu einer zunehmenden Konzentration alter Menschen in den Zentren der Untersuchungsgemeinden. Diese Situation bietet den Kernstädten gewisse Entwicklungschancen. Sie ist aber auch mit besonderen Ansprüchen an die Gestaltung des öffentlichen Raumes und der Versorgungsinfrastruktur verbunden.
- Typisch für die dörflichen Ortsteile der Untersuchungsgemeinden sind Wandlungsverluste bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Senioren. Diesen Verlusten stehen häufig jedoch Wandlungsgewinne an jungen Familien gegenüber. Hieran wird deutlich, dass der Bedarf an Kinderbetreuungs- oder Schülerbeförderungsmöglichkeiten durch Wandlungen auch in schrumpfenden Ortsteilen steigen kann.

Über 90 Prozent aller Personen, die sich in den Untersuchungsgemeinden niederlassen, kommen aus Sachsen. Mehr als 50 Prozent ziehen aus einer Nachbargemeinde oder dem eigenen Landkreis zu. Zwischen 16 Prozent und 22 Prozent aller Zuwanderer sind Rückkehrer. In Kernstädten und dörflichen Ortsteilen zeigt sich gleichermaßen, dass insbesondere Menschen mit räumlicher oder „biografischer Nähe“ ein bedeutendes Zuwanderungspotenzial darstellen.

SÄCHSISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND GEOLOGIE

Referat 23 | Ländliche Entwicklung

August-Böckstiegel-Straße 1 | 01326 Dresden Pillnitz

Postanschrift: Pillnitzer Platz 3 | 01326 Dresden Pillnitz

christian.roessler@smul.sachsen.de

www.smul.sachsen.de/lfulg

http://jaguar.smul.sachsen.de/lfi/publikationen/download/4890_2.pdf

http://jaguar.smul.sachsen.de/lfi/publikationen/download/4860_1.pdf

Barbara Warner, Susanne Knabe

Bevölkerungs- und Wohngebietsentwicklung in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts

Beitrag zum Themenkreis „Wesentliche regionale Strukturen und Trends zentraler demografischer Einflussfaktoren von 1990 bis 2010“

Mit der nachholenden Wohnsuburbanisierung nach der Wende sind in den Stadt- Umland-Regionen vornehmlich der Groß- aber auch der Mittelstädte Sachsen- Anhalts z. T. große Wohnstandorte ausgewiesen und entwickelt worden. Da diese Wohngebiete anfänglich vor allem durch konsolidierte Haushalte bezogen wurden, ist die Altersstruktur hier oft relativ homogen. Diese Gebiete unterliegen einer hochgradigen Alterung und sind einem beschleunigten Generationenwechsel unterworfen (Fortzug der nachwachsenden Generation, Verbleib der Erstbezieher), der drängende Fragen zur Zukunftsfähigkeit und langfristigen Nutzung dieser suburbanen Standorte aufwirft. Kommunale und private (Wohnungsmarkt)-Akteure stehen vor vielfältigen Herausforderungen wie der Anpassung der Infrastrukturen an eine schnell alternde Einwohnerschaft und dem fortschreitenden Immobilienpreis-Verfall. Auch eine zunehmende Ausdifferenzierung der Wohnbevölkerung durch Eigentümerwechsel und Umbrüche in der persönlichen Biographie stellen Änderungsfaktoren dar, die konkrete Auswirkungen auf eine künftige Nutzung der Wohnstandorte im suburbanen Raum haben. Das Projekt „Demographischer Wandel in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts“ (SubWoSA, Laufzeit März 2010 bis März 2013) am Lehrstuhl Sozialgeographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg beschäftigt sich mit der Frage, unter welchen konkreten räumlichen Voraussetzungen suburbane Wohnstandorte zukunftsfähig sein können und unter welchen Bedingungen diese Standorte kaum Möglichkeiten haben, sich langfristig stabil zu entwickeln. Vorgestellt wird die Verbreitung suburban geprägter Wohnstandorte in Sachsen- Anhalt sowie die altersstrukturelle Entwicklung der Gemeinden in den suburbanen Räumen. Erste Untersuchungsergebnisse zeigen eine starke Heterogenität der Wohnstandorte hinsichtlich ihrer Lage, der infrastrukturellen Ausstattung und Anbindung und der Auslastung. Auf der Grundlage der hier relevanten Daten soll im Laufe des Projektes eine Bewertung der Wohnstandorte vorgenommen werden. Auch werden derzeit Kategorien erarbeitet, nach denen suburbane Wohnstandorte in Sachsen-Anhalt charakterisiert werden können. Wir erwarten eine regional stark unterschiedliche Entwicklung der Wohngebiete, da die Problemlagen und die Entwicklungsmöglichkeiten in den suburbanen Räumen nicht einheitlich sind. Der Vortrag soll einen Überblick über die Trends der Bevölkerungsentwicklung in den suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts liefern, die Heterogenität der Wohnstandorte anhand von Beispielen verdeutlichen und einen ersten Ausblick auf die weiteren Projektergebnisse geben.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Institut für Geowissenschaften / AG Sozialgeographie,
Von- Seckendorff-Platz 4,
06120 Halle (Saale)

barbara.warner@geo.uni-halle.de;
susanne.knabe@geo.uni-halle.de

<http://sozial.geographie.uni-halle.de>

Ulrike Hagemeister

(Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, Erkner b. Berlin)

Stadtumbau Ost als Anpassungsstrategie an sich wandelnde Nachfragestrukturen auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt

Seit dem Programmstart im Jahr 2002 ist es das Anliegen des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost, Innenstädte und erhaltenswerte Stadtquartiere durch gezielte Aufwertungsmaßnahmen zu stärken sowie städtische Wohnungsmärkte durch den Abriss leer stehender, dauerhaft nicht mehr nachgefragter Wohnungen zu stabilisieren. Das Programm reagiert damit auf den anhaltenden Bevölkerungsrückgang in vielen Städten der neuen Bundesländer, der in der Vergangenheit zu strukturellen Problemen, hohen Wohnungsleerständen und einer Existenzgefährdung der Wohnungswirtschaft geführt hat. Die Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost hat gezeigt, dass dieses in der ersten Programmphase zu einer Stabilisierung der Wohnungsmärkte und zur Aufwertung von städtebaulich bedeutsamen Teilräumen beigetragen hat.

Der -unter anderem durch die aktuelle Wohnungsmarktprognose des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für den Zeitraum bis 2025 prognostizierte- weiter anhaltende Bevölkerungsrückgang, die sinkenden Haushaltszahlen sowie die fehlende Zuwanderung werden in allen ostdeutschen Bundesländern jedoch auch weiterhin zu einer deutlich zurückgehenden Nachfrage nach Wohnraum führen. Durch die alterungsbedingten Veränderungen der Bevölkerungsstruktur wird es zudem zu Verschiebungen der Nachfrage nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht kommen. Das wirkt sich nicht nur auf gesamtstädtischer Ebene aus, sondern führt auch zu einer Ausdifferenzierung der Quartiere sowie der einzelnen Wohnlagen untereinander. Stabilisierung und Abwertung finden bereits heute häufig in direkter Nachbarschaft zueinander statt. Gleichzeitig machen es die voraussichtlich noch weiter schwindenden personellen und finanziellen Ressourcen der Kommunen erforderlich, in den kommunalen Stadtumbau-Strategien klare Prioritäten zu setzen.

Der Vortrag fasst die sich daraus ergebenden Herausforderungen für den weiteren Stadtumbauprozess zusammen und zeigt Ansätze, wie dieser sowohl aus gesamtstädtischer Perspektive als auch für die unterschiedlichen Stadtquartiere weiterhin gestaltet werden kann.

Bundestransferstelle Stadtumbau Ost IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. Flakenstraße 28-31 15537 Erkner bei Berlin hagemeister@irs-net.de

Dr. Babette Scurrell (IBA Stadtumbau 2010)

IBA Stadtumbau 2010. Sachsen-Anhalt, ein Labor für die Stadt von morgen

Die IBA Stadtumbau 2010 machte ganz Sachsen-Anhalt zum Labor für die Stadt von morgen. In 19 Städten erprobten Stadtplaner, Architekten, Bürger und Vertreter aus Politik und Verwaltung neue Werkzeuge des Stadtumbaus in 19 Städten, die vom demografischen Wandel betroffen sind. Dabei verfolgte jede Stadt ihr individuelles Thema und schärfte das eigene Profil. Die Bilanz ist nicht das Ende des Rückgangs, aber dessen positive Wendung mithilfe kleinerer, gestraffter Strukturen – denn Weniger ist Zukunft. Einige der Prozesse mit denen die Klein- und Mittelstädte Sachsen-Anhalts auf die andauernde Schrumpfung reagieren, werden in dem Beitrag vorgestellt.

Dr. Babette Scurrell

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bereich Werkstatt

Stiftung Bauhaus Dessau (Stiftung öffentlichen Rechts)

Gropiusallee 38

D 06846 Dessau-Roßlau

scurrell@bauhaus-dessau.de

www.bauhaus-dessau.de

Dr. Ingeborg Beer (Stadtforschung + Sozialplanung Berlin)

Temporäre Quartiere: Demographische Umbrüche und Stadtteilperspektiven im Kontext des Stadtumbaus

In Stadtumbaustädten gibt es für Stadtteile und Quartiere unterschiedliche soziodemographische und zeitliche Zukunftskorridore. Im Mittelpunkt des Vortrags steht ein Typus, der sich vor allem bei Steuerung baulichen Schrumpfens von Außen nach Innen herausbildet: das Quartier auf Zeit, das temporäre Quartier. Wurde selbst der flächenhafte Rückbau bisher im Neben- und Nacheinander von *Abriss*, *Zwischennutzung* und *Aufwertung* durchgeführt, so treten nun mit dem Primat der Innenstadtstärkung beide „Säulen“ des Stadtumbaus räumlich vollständig auseinander. Die äußeren Teile der Stadt werden zu Schrumpfungs- und *Wegzugs*gebieten, die Innenstadt zum Wachstums- und *Zuzugs*gebiet. Damit entstehen Quartiere von begrenzter Zeitdauer.

In diesen Quartieren auf Zeit leben – meist in nichtmodernisierten Plattenbaubeständen – relativ viele einkommensschwache Haushalte, Alleinerziehende, Jugendliche und Kinder unter benachteiligenden Bedingungen. Von der Planung bis zum vollständigen Abriss wird es hier 10 bis 15 Jahre keinen Zuzug und kaum Investitionen in Gebäude und Wohnumfeld geben. Geschäfte und Infrastruktureinrichtungen schließen oder verlegen ihren Standort, nachbarschaftliche Netze lösen sich auf, Vereine orientieren sich sozialräumlich um.

Anspruch und Wirklichkeit des Förderprogramms Stadtumbau Ost – es zielt es in seinem Titel auf „lebenswerte Städte“ – werden mehr und mehr entkoppelt oder zum Versprechen für eine bessere weite Zukunft.

Welch soziodemographische Merkmale prägen diese Quartiere und welche Daten stehen zu ihrer Beschreibung zur Verfügung? Verschärft der Stadtumbau mit seinem aktuellen Verständnis von erfolgreicher Praxis die „Verinselung“ der Städte? Bedarf es einer Verantwortungsgleichzeitigkeit gegenüber den verschiedenen Quartierstypen – wodurch kann sie befördert werden?

Der Vortrag wird diese Fragen thesenartig beleuchten und weniger für ein Steuern des Schrumpfens als für ein Steuern von urbaner Zukunftsfähigkeit und für Lebensqualität auch in den Quartieren auf Zeit eintreten. Als Beispiel der Beschreibung dient Schwedt/Oder.

Stadtforschung + Sozialplanung
Kurfürstendamm 123
10711 Berlin
info@stadtforschung-berlin.de
www.stadtforschung-berlin.de

Lutz Schneider (IWH), Alexander Kubis (IWH),
Delia Wiest (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

The least back in the East? Zu Determinanten und Selektivität der Rückkehrneigung nach Ostdeutschland

Die Abwanderung überwiegend junger gebildeter Menschen aus Ostdeutschland wurde im Anschluss der theoretischen Konzepte der Neuen Wachstumstheorie und der Neuen Ökonomischen Geographie größtenteils als nachteilig für die Entwicklungsfähigkeit und den Aufholprozess der Neuen Länder betrachtet. Vor dem Hintergrund der tiefen und abrupten demographischen Einschnitte in Ostdeutschland wird in letzter Zeit im Sinne des Konzepts des *brain circulation* jedoch auch argumentiert, dass mit den Abgewanderten ein Pool an potentiellen Zuwandernden bereitsteht, welcher im Zuge sich verstärkender Engpässe am ost-deutschen Arbeitsmarkt genutzt werden könnte. Aus dem *brain drain* könnte demgemäß ein *brain (re-)gain* erwachsen, der die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung in den Neuen Ländern befruchtete. Die vorliegende Arbeit analysiert nun die Heimkehrpräferenzen vormals abgewanderter Erwerbsspersonen und versucht die Determinanten sowie die Selektivitätsmuster einer potentiellen Rückwanderung zu identifizieren. Die Untersuchung basiert auf einem im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes „Brain drain aus Ostdeutschland“ am Lehrstuhl für Sozialgeographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erhobenen Datensatzes zu den Einstellungen und Motivlagen aus Sachsen-Anhalt abgewanderter junger Menschen. Dabei wird auf folgende Faktoren der Rückkehrneigung ein besonderes Augenmerk gelegt: die Wirkung des Arbeitsmarkterfolges nach der Abwanderung; der Einfluss sozialer Bindungen in der Herkunfts- und der Zielregion; schließlich die Humankapitalausstattung/Qualifikation der Abgewanderten. Dies schlägt sich in vier Hypothese nieder, welche im empirischen Teil getestet werden:

(1) *Eine negative Einschätzung des eigenen Arbeitsmarkterfolges als Maß für die Enttäuschung von mit der Abwanderung verbundenen Erwartungen steigert die Rückkehrbereitschaft (Erfolgshypothese).*

(2) *Eine starke Heimatpräferenz bzw. eine starke soziale Vernetzung zur Herkunftsregion erhöht die Rückkehrpräferenz („Heimathypothese“).*

(3) *Eine starke Integration in Netzwerke am Zielort vermindert als lokal gebundene Investition die Rückkehrbereitschaft (Integrationshypothese).*

(4) *Die Rückkehrbereitschaft nimmt mit zunehmender beruflicher Qualifikation bzw. Einkommensaspiration ab (Selektionshypothese).*

Im Ergebnis der multivariaten Untersuchung der Rückkehrpräferenz zeigt sich zunächst, dass eine hohe bekundete Rückkehrneigung nach Ostdeutschland besteht. Immerhin zwei Drittel der befragten Erwerbsspersonen äußern die Überzeugung, sich eine Rückkehr nach Ostdeutschland vorstellen zu können. Mit Blick auf den empirischen Gehalt der Hypothesen finden wir, dass der individuelle Arbeitsmarkterfolg in der Zielregion (1) die Rückkehrneigung verringert. Zweitens konnte die rückwanderungsfördernde Wirkung bestehender sozialer Bindungen zum Herkunftsgebiet (2), nicht aber der Integration im Zielgebiet der Abwanderung (3) nachgewiesen werden. Hinsichtlich der Selektivität der Rückwanderungsneigung mit Blick auf das Humanvermögen (4) sind die Ergebnisse ambivalent.

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Kubis
Abteilung Strukturökonomik
Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8 | D-06108 Halle (Saale)
alexander.kubis@iwh-halle.de

Dr. Reinhard Aehnelt

(IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH Berlin)

Zur Lebenszufriedenheit, Abwanderungsneigung und Rückkehrbereitschaft junger Menschen in Brandenburg

Das Land Brandenburg hat seit Jahren unter erheblichen Wanderungsverlusten zu leiden, die sich per Saldo bei einem jährlichen Verlust rund 12.000 Menschen im Alter von 18 bis unter 30 Jahren bewegen. Die scharfen demografischen Einschnitte zu Beginn der 1990er Jahre haben annähernd zu einer Halbierung der Zahl der unter 18-Jährigen geführt. Mittel- bis langfristig führt dies zu völlig veränderten Verhältnissen auf den Arbeitsmärkten. Für die unmittelbare Zukunft zeichnet sich bereits eine deutliche Verknappung des Angebots an jungen Arbeitskräften ab. Die lokale Wirtschaft könnte sich mittelfristig vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt sehen, geeignetes Personal zu finden. Die Studie sollte Ansatzpunkte aufzeigen, um auf diese Herausforderungen rechtzeitig in geeigneter Form zu reagieren.

Inzwischen liegen mehrere Studien zur Lebenszufriedenheit, Abwanderungsneigung und Rückkehrbereitschaft junger Menschen vor. Generell stellen die Untersuchungen eine hohe Mobilitätsbereitschaft unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen fest. Gleichzeitig wird eine große Heimatverbundenheit sichtbar, was die Frage aufwirft, welche Faktoren für die Mobilitätsentscheidung letztlich ausschlaggebend sind.

Bei Untersuchungen zur Bindungskraft von Orten muss berücksichtigt werden, dass der Verbleib am Ort kein zeitgemäßes Leitbild darstellt. In Zeiten der Globalisierung und der grenzüberschreitenden Arbeits- und Gütermärkte und angesichts einer Wirtschaftsordnung, die berufliche und auch räumliche Mobilität einfordert, wären Jugendliche und junge Erwachsene schlecht beraten, würden sie sich bedingungslos einem Leitbild der lokalen Orientierung unterwerfen. Neben der Abwanderung sind daher auch Rückwanderung sowie Zuwanderung in den Blick zu nehmen.

Diesem Gedanken trug die Studie insofern Rechnung, als sie sich bewusst nicht darauf beschränkt hat, Schülerinnen und Schüler zu ihren Bleibe- oder Abwanderungsoptionen im Anschluss an die schulische Ausbildung zu befragen. Vielmehr wurden auch Schulabsolventen vergangener Kohorten in die Untersuchung einbezogen, erstens um deren tatsächlich getroffene Wanderungsentscheidungen (also neben der Abwanderung auch die Rückwanderung) zu erfassen, und um zweitens die Option einer späteren Rückkehr in die ursprüngliche Region auszuloten.

In den sechs Untersuchungsräumen sind zwölf Schulen (Oberschulen, Oberstufenzentren und Gymnasien) in das Vorhaben einbezogen worden. Insgesamt wurden 29 Schülerworkshops in Form von Klassengesprächen durchgeführt und mit einer schriftlichen Befragung der 800 teilnehmenden Schüler kombiniert. Unter aktiver Mitwirkung der Schulen wurden darüber hinaus mehr als 5.000 Absolventen aus vorausgegangenen Jahrgängen angeschrieben. Die schriftliche Befragung erzielte einen Rücklauf von fast 1.200 ausgefüllten Fragebögen. Darauf aufbauend wurden rund 40 vertiefende telefonische Interviews durchgeführt. Die wichtigsten Befunde:

Mehr als drei Viertel der befragten Schüler leben gern an ihrem Wohnort. Bei wichtigen Aspekten ihrer Infrastruktur wie dem Wohnungsangebot, den Sport- und Freizeitangeboten sowie den Einkaufsmöglichkeiten überwiegen die positiven Urteile. Es zeigte sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Infrastruktur und dem Wunsch, nach dem Schulabschluss die Region zu verlassen. Im Gegenteil: Die Zufriedeneren neigen sogar in höherem Maße zur Abwanderung. Ortsverbundenheit ist also nicht gleichzusetzen mit Ortsbindung.

Bei der Wahl eines Ausbildungs- und Arbeitsplatzes haben die Jugendlichen längerfristige berufliche Perspektiven im Blick. Bei der Wahl des Arbeitsplatzes steht die Frage nach den Aufstiegschancen und den Möglichkeiten der beruflichen Selbstverwirklichung im Vordergrund. Diese Gesichtspunkte spielen bei den jungen Frauen eine wichtigere Rolle als bei den jungen Männern, für die Verdienst und Freizeit wichtiger sind. Nur eine kleine Minderheit meint, diese Wünsche in der eigenen Region am besten verwirklichen zu können.

Etwas differenzierter stellt sich die Rolle der sozialen Beziehungen dar. Einerseits sind sie durch Familie und Freunde in der eigenen Region naturgemäß am stärksten ausgeprägt. Dies stellt aber für die Jugendlichen nicht automatisch ein Motiv dar, in der Region zu bleiben. Grundsätzlich meint ein großer Teil der Befragten, dass sich soziale Beziehungen unabhängig vom jeweiligen Wohnort verwirklichen lassen.

Allerdings wurde deutlich, dass soziale Beziehungen mit einem bestimmten Grad an Verbindlichkeit lokale Bindungskraft entfalten. So zeigt zum Beispiel die reine Mitgliedschaft in einem Sportverein nur eine geringe Korrelation mit der Bereitschaft, am Ort zu bleiben. Verbindlichere Formen der gesellschaftlichen Tätigkeit wie beispielsweise die Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr haben hinge-

gen eine positive Wirkung auf die Bleibewilligkeit. Dasselbe gilt für Funktionen und Verantwortlichkeiten in anderen gesellschaftlichen Organisationen. Auch persönliche Verantwortlichkeiten im familiären Bereich wirken in diese Richtung, wie die Schülergespräche ergeben haben.

Die Antworten der Absolventen zeigen, dass auch nach einem Weggang vom Ursprungsort die sozialen Beziehungen noch lange Zeit eine wichtige Rolle spielen. Die Verbundenheit mit dem Ursprungsort bleibt zunächst bestehen: Mehr als die Hälfte der Absolventen, die ihre Stadt verlassen haben, fahren mindestens einmal im Monat nach Hause. Fast die Hälfte der abgewanderten Absolventen will eine spätere Rückkehr an den Ursprungsort nicht ausschließen und nur rund ein Drittel möchte definitiv nicht zurückkehren.

Die Rückkehrbereitschaft von jungen Erwachsenen, die woanders ihre Ausbildung absolviert haben, kann durch Existenzgründungshilfen, Unterstützung bei der Wohneigentumsbildung und eine gute soziale Versorgung gestärkt werden. Durch Stipendien, deren Vergabe an eine zumindest befristete Aufnahme der Arbeit in der Ursprungsregion gebunden ist, können Absolventen auch direkt gebunden werden.

Wichtig ist es, frühzeitig informelle und selbstbestimmte Räume für die junge Generation zu schaffen, in denen sie ihre Freizeit verbringen, aber auch eigene kulturelle und berufsbezogene Ideen verwirklichen kann. Hierdurch entstehen Bindungen und Perspektiven beispielsweise für Existenzgründer.

Mit der Wirtschaft, mit sozialen Trägern, den Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen sollte ein jugendbezogener Dialog eröffnet und es sollten Strategien entwickelt werden, wie es gelingen kann, Jugendliche und junge Erwachsene stärker in die kommunalen und Verbandsstrukturen zu integrieren und ihnen dort Verantwortung zu übertragen.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH
Lützowstraße 93, 10785 Berlin, Deutschland
Berlin-Charlottenburg 96 HRB 23 078

Aehnel@ifsberlin.de
Internet www.ifsberlin.de

Prof. Dr. Anke Matuschewski (Universität Bayreuth)

Rückwanderung – ein Beitrag zur Regionalentwicklung in Ostdeutschland?

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern wird durch die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte erheblich belastet. Unternehmen und Kommunen werben deshalb gezielt für eine Rückkehr. Vor diesem Hintergrund geht der Vortrag der Frage nach den Wirkungen der Rückwanderung in ostdeutschen Regionen nach. Der Vortrag basiert auf Ergebnissen einer explorativen Fallstudie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, in der Rückwanderer und deren Arbeitgeber zu ihren Erwartungen und Erfahrungen befragt wurden. Im Vordergrund stehen folgende Forschungsfragen:

- Welche Personengruppen werden durch die Rückwanderungsinitiativen angesprochen und welche Gründe führen zur Rückwanderung?
- Wie dauerhaft ist die Rückwanderung angelegt (Episode oder abschließend)?
- Erfahren die Rückwanderer eine berufliche Verbesserung oder Verschlechterung?
- Inwieweit können Rückwanderer ihre beruflichen Werdegänge in der Herkunftsregion fortsetzen und außerhalb der Region erworbenes Wissen und Fähigkeiten „in Wert setzen“ (*brain return*)?
- Welche Erwartungen stellen die Unternehmen an die Rückwanderer und inwieweit erfüllen sich diese Erwartungen?
- Welche betrieblichen Effekte lassen sich daraus ableiten?
- Welche Folgeeffekte lassen sich aus der Rückwanderung für die Region ermitteln?

Die Mehrheit der Rückwanderer in der Fallstudie ist mittleren Alters, verfügt über einen höheren Bildungsabschluss und mehrjährige Berufserfahrung. Oft wird eine berufliche Umbruchsituation mit dem privat motivierten Wunsch einer Rückkehr in die Heimat verknüpft. Die meisten Befragten haben eine adäquate Beschäftigung gefunden oder sich beruflich sogar verbessert, müssen jedoch z.T. Abstriche beim Einkommen machen. Die Rückwanderer äußern häufig dauerhafte Bleibeabsichten, was i.d.R. mit einer Familiengründung oder –erweiterung oder einem Immobilienerwerb einher geht. Die Betriebe, die Rückwanderer beschäftigen, haben sehr positive Erfahrungen gemacht, indem diese sich schnell integriert und mit ihrem Wissen und der Berufserfahrung zum unternehmerischen Erfolg beigetragen haben. Aufgrund längerfristiger Bleibeabsichten bieten sie den Unternehmen darüber hinaus größere Planungssicherheit, auch für den Erhalt des betrieblichen Humankapitals.

Veröffentlichung:

Anke Matuschewski, Stabilisierung der Regionalentwicklung durch Rückwanderung? Theoretische Konzeptionalisierung und empirische Umsetzung am Beispiel von Ostdeutschland, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 54 (2010), Heft 2, S. 81-95

Prof. Dr. Anke Matuschewski Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie Universität Bayreuth matuschewski@uni-bayreuth.de

Prof. Dr. Rainer Winkel (DISR/TU Dresden)

Die Wirkungen der demographischen Veränderungen im ostdeutschen Transformationsprozess auf die Daseinsvorsorge

Ostdeutschland wies zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung eine quantitativ ausreichende Ausstattung an sozialer Infrastruktur auf, die insbesondere bei Kindereinrichtungen (Krippen, Kita, Hort) einen sehr hohen Versorgungsgrad beinhaltete. Die Defizite lagen in der baulichen Beschaffenheit des Großteils dieser Einrichtungen sowie in größten Defiziten in der technischen Infrastruktur (Trinkwasseraufbereitung, Abwasserentsorgung, Straßen und Kommunikation).

Seit der Wiedervereinigung wurden die Defizite mit enormen Mitteleinsatz abgebaut. Innerhalb der ersten 10 Jahre konnte in weiten Bereichen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht eine Angleichung an das westdeutsche Niveau erreicht werden. Parallel zum Ausbau reduzierte sich jedoch aufgrund des demographischen Wandels in vielen Bereichen der quantitative Versorgungsbedarf, was nun zu Überkapazitäten führte. Diese Entwicklung wurde noch durch Fehlannahmen und neue Konzepte verstärkt. So entsprachen die Vorgaben des Goldenen Planes Ost für den Sportstättenausbau teilweise nicht dem realen Bevölkerungsbedürfnissen. Die Vorgaben kleine Schulen zugunsten großer leistungsfähiger Schulstandorte aufzugeben verstärkten zusätzlich die demographisch bedingte Ausdünnung des Standortnetzes. Als Beispiel sei auf Sachsen verwiesen, wo über 800 Schulen geschlossen wurden und in manchen ländlichen Gebieten nur noch jede zweite Grundschule oder jede vierte Mittelschule erhalten blieb und Gymnasiasten je Richtung über einer Stunde Fahrzeit zum Gymnasium benötigten. Daraus ergeben sich vielfache Standortnachteile bis hin zur medizinischen Versorgung, weil sich in diesen Räumen kaum noch junge Mediziner niederlassen. Weitere Probleme ergaben sich aus dem konsequenten Infrastrukturrückbau in manchen Regionen, da der wellenförmigen Verlauf des Rückgangs zu erneuten Bedarfen führt, wie z. B. im Landkreis Sömmerda wo dann über 1000 Kitaplätzen fehlten. Probleme wirft auch die Bewältigung der Folgekosten auf, da der Unterhalt manchen Ausbauleistungen von vielen Gemeinden kaum noch zu bewältigen ist. Ein Problem was vor allem für die technische Infrastruktur gilt.

Inzwischen haben die Ostdeutschen Länder auf diese Entwicklung längst und häufig auch innovativ reagiert. Der Ausbau, z. T. jede größere Investition, findet nur noch unter Berücksichtigung der demographischen und allgemeinen Perspektiven statt. Beispielhaft sei auf Sachsen verwiesen wo der Investitionsbedarf von Städten aus einem zukunftsbezogenen Gesamtkonzept abgeleitet werden muss. Das Land Brandenburg bereitet einen Demographiecheck vor, der zukünftig anzuwenden ist. In Thüringen gibt es keine fixen Schülervorgaben für Klassengrößen sondern einen Lehrerpool je Schule. Dadurch können die Schulen ausgedünnte Jahrgänge ggf. in kleinen Klassen unterrichten, was dann jedoch vorübergehend größere Klassen in anderen Jahrgängen erfordert. Flexibilität und Innovationen scheinen inzwischen überhaupt ein grundsätzliches Element in der Daseinsvorsorge der neuen Länder zu sein, was z. T. den Kommunen durch Handlungsleitfäden der Landesregierungen näher gebracht wird. Diese Erfahrungen und Erkenntnisse könnten zukünftig auch für die Entwicklung in Westdeutschland hilfreich sein.

Insgesamt ist zu resümieren: Die Versorgung in der Daseinsvorsorge ist in Ostdeutschland wesentlich verbessert worden. Der politische Handlungsbedarf liegt vor allem in der Sicherung ausreichend leistungsfähiger Kommunen, was ohne kommunale Gebietsreform kaum zu erreichen ist. Des Weiteren bedarf es einer besseren Abstimmung und Verzahnung der Förderprogramme im Sinne integrativer Konzepte, der Einbeziehung längerer Wirkungszeiträume und vor allem mehr Flexibilität. Als Beispiel sei auf die technische Infrastruktur verwiesen, wo bei Neuinvestitionen und umfassenden Sanierungen Nutzungszeiträume weit über die Jahrhunderthälfte bevorstehen. So weit kann keiner vorhersehen, aber mit flexiblen Lösungen kann die notwendige Anpassbarkeit gesichert werden. In dieser Hinsicht könnte Ostdeutschland einen wichtigen Beitrag für das vereinigte Deutschland leisten.

rainer.winkel@t-online.de

DISR/TU Dresden

Dr. Wolfgang Weiss (IAMO Halle (Saale))

Die Absicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in Ländlichen Räumen - eine große Herausforderung vor dem Hintergrund demografischer Strukturen und Trends

„Gleichwertige Lebensverhältnisse“ bzw. "gleichwertige Lebensbedingungen" gehören zu den zentralen raumordnungspolitischen und regionalplanerischen Leitvorstellungen des Bundes und der Länder. Sie zielen auf die gleichmäßige Entwicklung der Teilräume und beziehen sich dabei vor allem auf die öffentliche Daseinsvorsorge, die Einkommen sowie auf die Erwerbsmöglichkeiten.

Da die meisten dieser Parameter personenbezogen sind ist es verständlich, dass es durch fast alle Veränderungen der Bevölkerung nach Anzahl und Struktur eine Rückkopplung zu den Möglichkeiten der Umsetzung dieser Leitvorstellung gibt.

Zu den schwerwiegendsten Erfahrungen der demographischen Entwicklung in den ländlichsten Räumen Deutschlands, in denen der demographische Wandel insbesondere durch selektive Abwanderung überdominiert wird, gehört die zunehmende Inkompatibilität der Parameter der "gleichwertigen Lebensbedingungen" zu den Kenngrößen des demographischen Wandels. Von besonderer Bedeutung ist dabei ein spezifisches Erkenntnis- und folglich Handlungsdefizit der etablierten Politik hinsichtlich der Adressierung von Maßnahmen - räumlich wie sozial.

Leibniz Institute of Agricultural Development
in Central and Eastern Europe (IAMO)
Theodor-Lieser-Straße 2
06120 Halle (Saale)
Germany

weiss@iamo.de
www.iamo.de

Dirk Michaelis (Landkreis Stendal)

Die „kernige Altmark“ stellt sich den demografischen Herausforderungen

Bedingt durch die Überlagerung von demografischen Wandel und noch anhaltender Abwanderung kommt es in der Altmark zu erheblichen Bevölkerungsrückgängen. Sowohl analytisch als auch prognostisch ist festzustellen, dass dabei der östliche Teil, also der LK Stendal, viel härtere Einschnitte hinzunehmen hat. Ausgehend von 1990 werden der Landkreis Stendal bis 2025 knapp 38 % und der Altmarkkreis Salzwedel ca. 31 % seiner Einwohner verloren haben. Aus der Sicht des Bundesinstitutes für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) wurde deshalb der Landkreis Stendal als ein „Stabilisierungsraum“ ausgewiesen. Im aktuell diskutierten Landesentwicklungsplan LSA 2010 wird für den LK SDL diese Ausweisung als „Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“ fortgeschrieben.

Betrachtet man diesen Bevölkerungsrückgang noch feinkörniger, kommt man in einigen Städten des Landkreises Stendal auf einen Schwund von fast 50 % und im Altmarkkreis Salzwedel von fast 40%. Der Bevölkerungsrückgang der ZENTRALEN ORTE IM LÄNDLICHEN RAUM Altmark liegt teilweise sehr deutlich über dem jeweiligen Kreisdurchschnitt.

Bedingt durch die Zufälligkeit der Entleerung entstehen im Ergebnis zunehmend stark perforierte städtebauliche Strukturen, wobei die Stadtkerne speziell in den Kleinstädten von dieser Entwicklung schon jetzt besonders betroffen sind. Die unaufhaltsam voranschreitende Erosion der nachhaltigsten Siedlungsform – der kompakten europäischen Stadt – führt somit in diesen Regionen perspektivisch immer mehr zu weiteren Funktionsverlusten, zu Unternutzung, Leerstand, Wertverlust und Verfall von Gebäuden, zu Beeinträchtigungen des Wohnumfeldes und damit langfristig zu einer Gefährdung der baukulturellen Werte einhergehend mit einer Einschränkung der touristischen Attraktivität, einem wesentlichen Eckpfeiler erfolgreicher Regionalentwicklung im ländlichen Raum.

Selbstverständlich kann diese Erosion auch in den Dörfern beobachtet werden, wobei die hier überwiegende offene Bauweise diese Einschnitte aber besser verkraftet. Parallel entwickeln sich im gesamten Raum Probleme durch Unterauslastung der stadttechnischen und sozialen Infrastruktur. Aus siedlungsökonomischer Sicht entsteht dadurch eine sehr kostenintensive Siedlungslandschaft, die den Staat und auch den Bürger mit steigenden Fixkosten belastet. Die bestehenden städtebaulichen, denkmalpflegerischen und raumbezogenen Zielstellungen lassen sich vor diesem Hintergrund schon jetzt und erst recht perspektivisch kaum noch zielgerichtet umsetzen. Leere öffentliche Kassen verschärfen diese Situation noch.

Aber gerade die Klein- und Mittelstädte mit ihren baukulturell hochwertigen Stadtkernen sind die Ankerpunkte der Region, Träger der Daseinsvorsorge und verkörpern zweifellos den prägenden Rahmen der Kulturlandschaft Altmark. Elf der insgesamt fünfzehn Städte haben einen historischen Stadtkern mit besonderer Denkmalbedeutung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Hansestädte Stendal, Salzwedel, Gardelegen, Tangermünde, Havelberg und Werben sind in das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ involviert.

Das Versagen der für die Steuerung von Wachstumsprozessen entwickelten Strategien und Instrumente wird schon jetzt in den strukturschwachen Räumen besonders deutlich sichtbar. Sichtbar wird darüber hinaus aber auch, dass die weitere Entwicklung in diesen Regionen eine Reihe von Grundsatzfragen aufwirft, die von der Gesellschaft zu beantworten sind. Der Ruf nach dem Handwerkszeug für eine regionale Steuerung bzw. Gestaltung der Transformationsprozesse wird immer lauter. Ein erstes Instrument ist das Programm „Stadtumbau -Ost“ – ein noch lernendes Programm. Die größeren Städte der Altmark sind hier auch mit langsam sichtbarem Erfolg tätig. Das Ziel des seit 2002 praktizierten Stadtumbaus „Rückbau am Rand und Aufwertung im Kern“ kann vom Grundsatz nur dort gelingen, wo am Rand auch rückgebaut werden kann.

Hier sind in erster Linie wieder die Kleinstädte im ländlichen Raum als typisches Beispiel zu nennen, wo dieser Ansatz kaum bzw. gar nicht vorhanden ist. Die Praktiker sind sich insofern darin einig, dass der Anwendungsfall Kleinstadt im Stadtumbau noch ungelöst ist. Noch vereinzelt aber auch zunehmend wird der Standpunkt vertreten, dass diese Thematik auf die regionale Ebene – Stadtumbau also regional zu denken - hochgezogen werden müsste. In dem Positionspapier Nr. 77 der ARL Hannover formuliert die von Herrn Prof. Dr. Dehne geleitete Arbeitsgruppe bereits den Gedanken eines künftig notwendigen regionalisierten Strukturprogramms „Umbau und Nachhaltige Entwicklung von peripheren Regionen“.

Der BBSR – Bericht KOMPAKT 5/2010 spricht ebenfalls von einem gewollten integrierten, ressortübergreifenden Programm für schrumpfende Räume. Beginnend mit der Leipzig Charta, der Papenburger Erklärung und der im Mai 2008 erfolgten Vorstellung der neuen Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde inzwischen ein eindeutiges Bekenntnis zur Strategie der städtebaulichen Innenentwicklung abgegeben. Gekoppelt mit dem seit Juni 2006 aktuellen dritten Leitbild der Raumentwicklung –

„Kulturlandschaften gestalten“ – und den Zielstellungen des LEP 2010 sowie der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ergibt sich hier ein möglicher regionaler Ansatz.

Da die oben bereits erwähnten räumlich bezogenen Zielstellungen auch oder vielleicht sogar gerade in den strukturschwachen Regionen umzusetzen sind, ergibt sich ganz klar die Notwendigkeit der Neuentwicklung von unter Schrumpfungsbedingungen funktionierenden Gestaltungsstrategien. Ein Laufenlassen des Prozesses kann nicht der richtige Weg sein. Der gesamte „Werkzeugkasten“ muss in seiner Wirkungsweise so qualifiziert werden, dass er für jeden Stadttyp, ja sogar regional eingesetzt werden kann. Bei der Schaffung der erforderlichen neuen Rahmenbedingungen sollte auch berücksichtigt werden, dass die unumgänglichen integrierten Handlungskonzepte auch von einer integrierenden Förderkulisse umrahmt werden müssen. Der Bauminister, Herr Dr. Daehre, hat es im Oktober 2007 sehr treffend formuliert: „So sei es an der Zeit, Konzepte zu entwickeln, mit denen ohne staatliche Verordnung eine Umsiedlung vom Rand in die Innenstadt erfolgen könne.“ Die Altmark, hier speziell der Landkreis Stendal, sieht in dieser Strategie den einzigen gangbaren Weg, die unabwendbare Schrumpfung in eine echte Chance zu überführen.

Die IBA soll ein städtebauliches Entwicklungslabor sein, in dem neue Produkte entwickelt werden und somit ist mit der Ausweisung als „Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“ hier der ideale Ausgangspunkt für dieses gestaltende Experiment gegeben. Die aktuelle Diskussion um die Zukunft der strukturschwachen Räume, der Kleinstädte und um die bei der Gestaltung dieser Prozesse erkannte Förderlücke spricht auch für den richtigen Zeitpunkt. Sollte nach der IBA vielleicht sogar eine „REGIONALE - Altmark“ folgen? Das Städtetz Altmark sieht in diesem Ansatz ein Thema, von dem alle Partner betroffen sind. In Anlehnung an entsprechende Landesinitiativen wie „genial zentral“ in Thüringen oder „ab in die Mitte“ in Sachsen, soll diese regionale Initiative unter dem Motto „Kernige Altmark – weniger ist mehr“ - fortgesetzt werden.

Landkreis Stendal Bauordnungsamt/ Kreisplanung Postfach 10 14 55 39554 Stendal dirk.michaelis@landkreis-stendal.de

Martina Schlanke (Gemeindeverwaltung Niedergörsdorf)

Der demografische Wandel – eine wichtige Stellgröße für die Entwicklung der Brandenburger Gemeinde Niedergörsdorf

Die Gemeinde Niedergörsdorf in Brandenburg ist ein typisches Beispiel für eine flächenmäßig große Gemeinde (200 km²) deren Bevölkerungszahl, auf 22 Ortsteile verteilt, sich seit 10 Jahren um 1.600 Einwohner (auf 6.300)vermindert hat. Sie stellt sich den veränderten Rahmenbedingungen der Gemeindefinanzausstattung mit einer leittbildausgerichteten Aufgabenerfüllung.

Trotz stets ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalte wird für Niedergörsdorf die künftige Finanzausstattung des Landes bei Beibehaltung des jetzigen Finanzausgleichssystems jedoch nicht mehr auskömmlich sein. Dies ist nicht allein der weiter sinkenden Einwohnerzahl unserer Gemeinde geschuldet. Die demografische Entwicklung verstärkt diese Finanzierungsprobleme aber noch zusätzlich.

Im Vortrag wird gezeigt, wie dieser wirtschaftliche und demografische Wandel die Absicherung vielfältiger Leistungen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge in Niedergörsdorf gefährden. Bevölkerungsrückgang, die Alterung der Bevölkerung, strukturelle Schwächen und finanzielle Engpässe der Gemeinde führen zunehmend dazu, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge nicht mehr in der gewohnten Breite bzw. dem vielfältigen Spektrum gewährleistet werden können. Die Auslastung wichtiger Angebote der sozialen und technischen Infrastruktur und der Versorgung mit Gütern geht quantitativ zurück, wobei sich die Nachfrage qualitativ verändert. Für die Gemeinde ist es immer schwieriger, diese Strukturen rentabel zu betreiben. Die Aufgabe solch wichtiger örtlicher Bezugspunkte bringt erhebliche Funktions- und Attraktivitätsverluste für die Versorgung der Bevölkerung und auch für das gemeindliche Umfeld mit sich. Will man an dieser Entwicklung etwas ändern, gilt es das aktuelle System der finanziellen Absicherung der Kommunen in Brandenburg an die tatsächlichen Erfordernisse anzupassen.

Gemeindeverwaltung Niedergörsdorf
kaemmerei@niedergoersdorf

Sabine Löser

(Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH)

Der demografische Wandel – eine Herausforderung für die Fachkräftesicherung in Brandenburg. Arbeitsmarktbeobachtung als Instrument der Berufsorientierung

Bereits 2005 ließ die Brandenburger Landesregierung die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Brandenburger Arbeitsmarkt untersuchen (Behr 2005). Zentrales Ergebnis der damaligen Fachkräftestudie war, dass der Fachkräftebedarf ab dem Jahr 2010 stark zunehmen würde. In Reaktion auf diese Prognose richtete das Arbeits- und Sozialministerium die Regionalbüros für Fachkräftesicherung ein, die die Neuausrichtung der Brandenburger Wirtschaftspolitik auf Schwerpunktbranchen und regionale Wachstumskerne arbeitsmarktseitig flankieren sollten. Unterstützt werden die Regionalbüros durch das Brandenburger Fachkräftemonitoring. Ausgehend von Arbeitsmarktstrukturanalysen auf Basis von Statistiken der BA sowie regionalen und branchenspezifischen Betriebsbefragungen hat das Fachkräftemonitoring ein differenziertes Bild vom Brandenburger Arbeitsmarkt erarbeitet. Grundidee der Arbeitsmarktanalyse ist, dass präventiv auf potenzielle Fachkräfteengpässe reagiert werden kann, wenn bekannt ist, welche Berufe und Qualifikationen zukünftig gebraucht werden.

In bestimmten Branchen – wie etwa der Gesundheitswirtschaft – hat der nachfragebedingte Fachkräftemangel bereits heute dramatische Ausmaße erreicht; andere Branchen werden aufgrund zunehmender Verrentungszahlen in den nächsten 10 bis 15 Jahren vor immer größeren Herausforderungen der Fachkräftegewinnung und -sicherung stehen. Gleichzeitig nimmt das regionale Fachkräfteangebot weiterhin stark ab. Der Einbruch der Geburtenzahlen nach 1990 hat zur Folge, dass die Zahl der Ausbildungsbewerber einen historischen Tiefstand erreicht hat, woran sich zumindest in den nächsten Jahren nur sehr langsam etwas ändern wird. Umso wichtiger ist es, junge Menschen, die noch am Anfang ihrer beruflichen Ausbildung stehen, erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur wenn es gelingt, das Fachkräftepotenzial der Brandenburger Jugend zu nutzen und zumindest in relevanten Teilen in Brandenburg zu halten, lassen sich die prognostizierten Fachkräftebedarfe der nächsten Jahre decken.

Im Vortrag wird auf die Situation von Jugendlichen auf dem Brandenburger Ausbildungsmarkt eingegangen und exemplarisch gezeigt, wie sich der Berufswahlprozess durch spezifisch aufbereitete und präsentierte Arbeitsmarktinformationen unterstützen lässt. Die wesentliche Zielgruppe der Berufsorientierung – die Gruppe der Unentschlossenen – muss direkt angesprochen werden (beispielsweise durch Lehrer oder Eltern), um einen Prozess der Selbstreflektion und Willensfindung für sich in Gang zu setzen. Auf kommunaler Ebene ist dies längst ein Schwerpunktthema. Wie das Land hier unterstützt und welche Aktivitäten auf regionaler Ebene agieren, wird beispielhaft dargestellt.

Koordinatorin der Regionalbüros für Fachkräftesicherung Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH Wetzlarer Straße 54 14482 Potsdam lasa@lasa-brandenburg.de www.lasa-brandenburg.de www.fachkraefte-brandenburg.de
--

Roswitha Weitz, Antje Schmerbauch

Das Thüringer Netzwerk Demografie Ein regionales Supportsystem für kleine und mittlere Unternehmen

Der Freistaat Thüringen ist zusammen mit Sachsen-Anhalt eines der Bundesländer, die vom demografischen Wandel am stärksten betroffen sind. Jüngste Prognosen gehen davon aus, dass sich der Bevölkerungsrückgang fortsetzen wird und Thüringen in den nächsten 20 Jahren nochmals ca. 20 % seiner Einwohnerschaft "verliert". Damit einher geht auch ein sinkendes Erwerbspersonenpotenzial (-30 %) und ein steigender Anteil über 50-jähriger Erwerbspersonen.

Für die Wirtschaft in Thüringen sind die Auswirkungen des Wandels schon jetzt spürbar: um 50 % einbrechende Schulabgängerzahlen einerseits und stark alternde Belegschaften andererseits sind die Vorboten eines drohenden Fachkräftemangels.

Verschiedene Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft haben diese Entwicklungen frühzeitig antizipiert und die Zielsetzung formuliert, gemeinsam diesen Trends entgegenzuwirken und für die mehrheitlich kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen Unterstützungs- und Beratungsangebote unter einem Dach - dem Thüringer Netzwerk Demografie - zu bündeln und kontinuierlich weiter zu entwickeln. Seit dem Jahr 2008 agiert das Thüringer Netzwerk Demografie auf mehreren Ebenen:

1. Der **Initiativkreis** (8 Partner) bildet den Kern des Netzwerkes. Hier werden die inhaltlichen Angebote für die Unternehmen entwickelt und umgesetzt, das Netzwerk als Ganzes koordiniert und der Transfer organisiert.
2. Gemeinsam mit den **operativen** Partnern (ca. 100 Institutionen/Personen) werden in regelmäßigen Veranstaltungen übergeordnete Fragestellungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels diskutiert und damit der gesamtgesellschaftliche Diskurs auf regionaler Ebene gefördert.
3. Der Kreis der **strategischen** Partner (namhafte Vertreter aus der Arbeitsverwaltung, der Sozialpartner, der Kammern, aus Forschung und Gesellschaft) wirken als Filter und als Multiplikatoren des Netzwerkes und unterstützen so dessen Anliegen.
4. Verbindungen zu mehreren **transnationalen** Partnern gewährleisten den Erfahrungsaustausch mit anderen regionalen Initiativen in Europa.

In dieser Konstellation ist das Thüringer Netzwerk Demografie deutschlandweit einzigartig. Es wird gefördert mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und des Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie. Mit dieser Förderung trägt die Landespolitik dem spezifischen Unterstützungsbedarf seitens der kleinen und mittleren Unternehmen Rechnung. Im Referat wird ferner detailliert auf die Angebote des Netzwerkes und die Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit näher eingegangen.

Koordination des Thüringer Netzwerkes Demografie
c/o IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH
Lossiusstraße 1, 99094 Erfurt

Roswitha Weitz/Antje Schmerbauch
roswitha.weitz@iw-thueringen.de/antje.schmerbauch@iw-thueringen.de

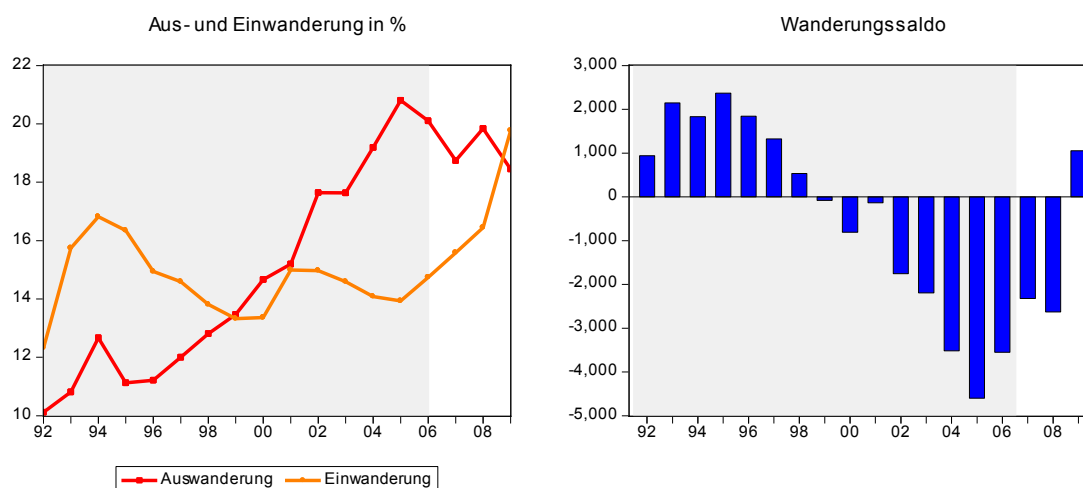
www.netzwerk-demografie.de

Dr. Björn Alecke, Timo Mitze, Prof. Gerhard Untiedt
Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen Münster

Die Wanderung von Studienanfängern und Studenten – Licht am Ende des Tunnels für die ostdeutschen Länder?

Nach den neuen Theorien des endogenen Wachstums kommt den Humanressourcen einer Region eine Schlüsselrolle für das Aufholen regionaler Entwicklungsrückstände zu, da ein höheres Bildungsniveau der Bevölkerung dauerhaft zu mehr Innovationen und höherem Wirtschaftswachstum führen kann. Dabei stellt die generell gute Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften in den neuen Ländern im Vergleich zu Westdeutschland und Europa noch einen Standortvorteil dar, verfügt die ostdeutsche Bevölkerung doch über ein hohes formales Ausbildungsniveau: 29% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren verfügen über einen Fachschul- oder höherwertigen Abschluss (Tertiärbereich A), im Durchschnitt der alten Länder sind es nur 24%, in der OECD 28%.

Den ostdeutschen Ländern wird jedoch in den nächsten Jahren ein gravierender Rückgang der Studienberechtigten und damit letztlich auch der Studierenden prognostiziert, während in den westdeutschen Ländern die Zahl der Studierenden stark ansteigen wird. Aus diesem Grund wurde zwischen Bund und Ländern im Juni 2007 der Hochschulpakt 2020 abgeschlossen. Danach sollen an westdeutschen Hochschulen neue Studienplätze aufgebaut, im Osten dagegen vorerst die Kapazitäten nicht abgebaut werden. Ziel ist es vielmehr, Studierwillige, insbesondere aus Westdeutschland, für ein Studium in den neuen Ländern zu gewinnen.



Blickt man auf die aktuellen Zahlen zu den Wanderungsbewegungen der Studienanfänger, so scheint es bereits erste Erfolge zu geben. Seit dem Tiefpunkt 2005 hat sich der Wanderungssaldo stark verbessert, aktuell konnte erstmals nach über 10 Jahren wieder ein „Überschuss“ erzielt werden. Dies wirft naturgemäß die Frage nach den Bestimmungsgründen dieser Entwicklung auf. Während es jedoch zahlreiche qualitativ orientierte Studien über die Prozesse und Motive der Studienwahl gibt, bei denen mittels Befragungen die Einstellungen von (potenziellen) Studienanfängern und Studenten zur Hochschulwahl ermittelt werden, sind quantitativ-ökonomometrische Arbeiten rar. Dies ist insoweit verwunderlich, als das Statistische Bundesamt für die Bundesländer detaillierte Daten zu den Studienanfängern und Studenten nach Studienort und Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung bereitstellt (siehe obige Abbildungen).

Das Ziel des Aufsatzes besteht in einer makroökonomischen Aufbereitung der vorliegenden Wanderungstabellen von 1991 bis an den aktuellen Rand (WS 2009/2010). Durch die Kombination mit anderen sozioökonomischen Merkmalen auf Länderebene soll der Einfluss der aus der Migrationsforschung bekannten Determinanten des Wanderungsverhaltens (Pull- und Push-Faktoren) auf die Wanderungsströme der Studienanfänger und Studenten identifiziert werden. Im Vordergrund stehen die Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten der Länder, aber auch weiche Faktoren (Kultur- und Freizeitangebot, Lebenshaltungskosten). Daneben kann über qualitative Variablen („Dummies“) der Einfluss von Studiengebühren als hochschulpolitisches Lenkungsinstrument analysiert werden.

Ansprechpartner:

GEFRA GbR Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen / Ludgeristr. 56 / 48143 Münster
Alecke@gefra-muenster.de

Walter Bartl (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)
„Demografisierung“ der Kommunalpolitik bei Schrumpfung?
Personalrelevante Bewältigungsstrategien von Kommunen in Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen

Infrastrukturabbau im ostdeutschen Bildungssystem wurde nach der Wiedervereinigung häufig mit Verweis auf die demografische Entwicklung legitimiert, die an die soziale Strukturen anzupassen seien. In der Soziologie sozialer Ungleichheit wurde dieses bevölkerungsbezogene Legitimationsmuster politischer Entscheidungen als ein Mechanismus zur Produktion neuer territorialer Ungleichheiten identifiziert. Allerdings fehlen bislang systematische empirische Untersuchungen zur These der ‚Demografisierung‘ politischer Entscheidungen. Ist bei Bevölkerungsrückgängen generell ein Abbau von Infrastruktur zu beobachten oder handelt es sich dabei transformationsbedingt um ein spezifisch ostdeutsches Phänomen?

Die These des hier skizzierten Beitrags lautet, dass der politisch entscheidende Unterschied von Bevölkerungswachstum und –schrumpfung darin besteht, dass finanzielle Spielräume in (deutschen) Kommunen bei Schrumpfung tendenziell abnehmen, während sie bei Wachstum zunehmen. Allerdings kann die Kopplung von Demografie und kommunalen Finanzen durch politische Programme übergeordneter Verwaltungsebenen durchbrochen werden, so dass auch Abweichungen von dem Muster eines Infrastrukturabbaus unter Schrumpfungsbedingungen möglich sind.

Für die Untersuchung der beiden dargestellten Forschungsfragen wurden 62 Interviews mit Entscheidungsträgern in schrumpfenden, stagnierenden und wachsenden Kommunen sowie mit 33 intermediären Experten des kommunalen Feldes geführt. Die Datenerhebung im Jahr 2006 wurde von der DFG im Teilprojekt „Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors“ des Sonderforschungsbereichs 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch: Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung“ gefördert.

Die Ergebnisse zeigen insbesondere im demografiesensiblen Bereich der Bildung, dass Schrumpfung in Kommunen nicht per se als Verlust gedeutet wird, der nur mit reduktiven Strategien bewältigt werden kann, wie das aufgrund der finanziellen Erblasten der Wiedervereinigung und des großen Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen typischerweise in Ostdeutschland der Fall ist. Fusionen von Schulen oder auch Gemeinden stellen parallel dazu Versuche dar, das Angebot zu stabilisieren. Im Gegensatz dazu sehen westdeutsche Kommunen den Geburtenrückgang als Chance zum Ausbau der Krippenbetreuung, was durch politische Programme übergeordneter staatlicher Ebenen zusätzlich unterstützt wird. Ähnlich konnten in Polen expansive Bildungsreformen die demografisch bedingt rückläufige Auslastung von Einrichtungen abfedern. Im Bereich der Stadtentwicklung wird nach der Schocktherapie der frühen 1990er Jahre eine nachholende Modernisierung der technischen Infrastruktur betrieben.

Abschließend sollen expansive Strategien näher reflektiert werden, da sie darauf zielen, das Infrastrukturangebot schrumpfender Kommunen im Sinne der Daseinsvorsorge zu verbessern. Die geringe Kostendeckung kommunaler Infrastruktur birgt allerdings auch Risiken für die kommunale Handlungsfähigkeit. Einen Ansatzpunkt zur Entschärfung dieser Risiken zeigt der Vergleich mit Polen: Die enge Kopplung von Bevölkerungsveränderungen und kommunalen Finanzen, die in deutschen kommunalen Finanzausgleichen durch Kopfpauschalen hergestellt wird, könnte z.B. durch alternative Kriterien der Bedarfsbemessung (z.B. Fläche oder Wirtschaftskraft) gelockert werden.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Soziologie Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 06099 Halle (Saale) walter.bartl@soziologie.uni-halle.de
--

Dr. Steffen Maretzke (BBSR Bonn)

Im Osten werden wir immer weniger, älter und zunehmend auch internationaler.

Was ist zu tun?

Mit Beginn der deutschen Einigung haben sich die demografischen Strukturen und Trends in den ostdeutschen Regionen spürbar und flächendeckend verändert. Einerseits hat sich die Lebenserwartung deutlich schneller als erwartet an das Westniveau angenähert. Andererseits kam es zu Geburtenrückgängen bislang ungeahnten Ausmaßes und die Wanderungsverluste blieben ein stetiger Begleiter des ostdeutschen Transformationsprozesses. Weil die sozialen und ökonomischen Disparitäten nicht abgebaut werden konnten, blieb auch der Druck auf die Ostdeutschen bestehen, sich in anderen Regionen eine neue Perspektive zu suchen. Diese Perspektive boten noch immer vor allem westdeutsche Regionen an, so dass die Ost-West-Fortzüge die Zuzüge bis heute deutlich übersteigen. Per Saldo ging den ostdeutschen Regionen in den zurückliegenden Jahren ihre günstige demografische Ausgangssituation vollständig verloren, hier festgemacht am niedrigen Durchschnittsalter der Bevölkerung.

Die anhaltenden sozialen und ökonomischen Probleme haben sich vor allem in den Regionen außerhalb der Agglomerationsräume in einer spürbaren Verschlechterung der demografischen Situation niedergeschlagen. In keiner westdeutschen Region lässt sich eine ähnliche Zuspitzung dieser Problemlagen beobachten, auch wenn die demografische Entwicklung dort in die gleiche Richtung tendiert. Stärkere Außen- und Binnenwanderungsgewinne konnten diesen Trend im Westen bislang in vielen Regionen erheblich abfedern.

Die ostdeutschen Regionen sind auch 2008/2010 noch immer relativ potenzialschwach. Die Ost-West-Schere im Niveau des Potenzialindikators hat sich sogar seit Anfang der 1990er Jahre sogar weiter geöffnet. Eine besondere Herausforderung für die ostdeutschen Regionen war und bleibt dabei die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und die hohe Intensität der demografischen Alterung.

Die Regionalanalysen zeigen, dass sich die potenzial- und wachstumsstarken Regionen auch 2008/2010 auf die alten Länder konzentrieren. In den neuen Ländern sind vor allem die Regionen Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Havelland-Fläming auf einem guten Weg. Daneben finden sich aber auch solche Regionen wie Oberlausitz-Niederschlesien, Vorpommern, Mecklenburgische Seenplatte, Uckermark-Barnim und die Altmark, in denen sich die strukturellen Probleme zu verfestigen scheinen. Angesichts dieser latenten Potenzialschwächen ist schon heute absehbar, dass eine erfolgreiche Vollendung des ostdeutschen Transformationsprozesses auch nach 2019 nicht ohne die Hilfe der alten Länder gelingen wird. Darauf sollte man sich frühzeitig einstellen.

Wenn man die Erfahrung aus der Vergangenheit, dass sich regionale Disparitäten direkt in der demografischen Entwicklung niederschlagen, in die Zukunft fortschreibt, dann wird sich die ungünstige demografische Entwicklung auch künftig fortsetzen. Die vorliegenden Prognosen gehen jedenfalls davon aus. Die Herausforderungen des demografischen Wandels bleiben für die ostdeutschen Regionen demnach sehr hoch. Politischer Handlungsbedarf besteht vor allem in den peripheren, dünnbesiedelten Regionen. Hier reicht das Bevölkerungspotenzial zunehmend nicht mehr aus, bestehende Infrastrukturen auszulasten. Wenn es ihnen nicht gelingt, sich an diese nahezu unvermeidlichen Entwicklungen anzupassen, wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Standorte weiter leiden und der Abwanderungsdruck hoch bleiben. Das Spektrum dieser Anpassungserfordernisse ist sehr vielfältig. Wichtige Handlungsfelder sind in diesem Zusammenhang u.a.:

- das Zentrale-Orte-System,
- die Entwicklung siedlungsstruktureller Entwicklungskonzepte;
- die Absicherung leistungsfähiger Infrastrukturen;
- die Optimierung der öffentlichen Verwaltung;
- die Absicherung eines attraktiven und leistungsfähigen Wirtschafts- und Wohnungsstandortes u.a.m.

Die demografische Entwicklung der ostdeutschen Regionen offenbart zugleich den Trend zur wachsenden räumlichen Ungleichheit, wodurch es immer schwieriger wird, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Teilräume des Landes zu garantieren. Ob man dieses Prinzip noch aufrecht erhalten kann gilt es zu diskutieren. Allerdings müsste sich eine Kurskorrektur auf einen neuen Gesellschaftsvertrag stützen, der auf breiter Ebene diskutiert und ausgehandelt werden muss.

Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR
Referat I4 - "Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung"
Deichmanns Aue 31-37 / 53179 Bonn
steffen.maretzke@bbr.bund.de